Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter zum „Berliner Tageblatt“: Jeden Montag „Zeitgeist“, jeden Mittwoch „Technische Rundschau“, jeden Donnerstag und Sonntag illustrierte Chronik „Der Welt-Spiegel“, jeden Freitag das illustrierte Witzblatt „ULK“, jeden Sonnabend „Haus Hof Garten“. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch d. Exped. d. Blattes möglich. In Berlin abonniert man b. d. Haupt-Expedition SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, sowie den nebenstehend aufgeführten Filialen.
Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Abonnements-Preis
durch d. Post bezog. vierteljährl. 6 M., Ausland exkl. Postaufschlag; für Berlin b. tägl. zweimal. Zustell. monatl. 2 M., vierteljährl. 6 M. Direkt unt. Kreuzbd. vierteljährl.: fürs Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Inserate: Zeile 70 Pf. („General-Anzeig.“ 40 Pf.). Inseraten- u. Abonnem.-Annahme in d. Haupt-Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, u. den Filial.: Leipzigerstr. 108; Potsdamerstr. 38; Bayreutherstr. 32 (a. Wittenberg-Platz); Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Rathenowerstr. 3; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstraße 31; Petersburgerstraße 2; Blücherstraße 69 (Ecke Johannistisch); Wienerstraße 1—6; Nykestr. 31; Schulzendorferstr. 27 (am Wedding-Platz); Schöneberg, Hauptstr. 155; Charlottenburg, Kantstr. 34; Rixdorf, Berlinerstr. 41; Pankow, Bornholmerstr. 1; Lichtenberg, Frankfurt. Chaussee 129; Weißensee, König-Chaussee 61b.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung.

Nr. 630
37. Jahrgang

Freitag
11. Dezember 1908

Hierzu die Wochen-Beilage „ULK“ No. 50.

Auswärtige Politik.

Die Etatsdebatte im Reichstag.

Am gestrigen vierten Tage der Etatsdebatte hat sich der Reichstag noch einmal mit der auswärtigen Politik beschäftigt, und auch der Reichskanzler Fürst Bülow und der Staatssekretär v. Schön haben im Laufe der Diskussion das Wort ergriffen. Irgend etwas Neues ist auch gestern nicht gesagt worden. Der Reichstag und die Regierung verzichten zumeist darauf, die schwerwiegenden auswärtigen Fragen gründlich, an der Hand soliden Materials zu erörtern, und sie begnügen sich damit, vieles zu streifen und über dieses Viele nichts zu sagen.

Die Rede des Abgeordneten Konrad Haußmann huschte zwar auch im Eilzugstempo über ein Dutzend der wichtigsten Probleme hinweg, aber sie enthielt wenigstens eine Reihe sehr verständiger Bemerkungen. Es war erfreulich, daß Herr Haußmann mit aller Entschiedenheit aussprach: „Marokko ist uns noch viel gleichgültiger als die Balkanprovinzen“, und daß er dabei auf der linken Seite des Hauses „lebhafte Zustimmung“ fand. Das beweist, daß die Auffassung, die wir hier seit drei Jahren, allen Angriffen und manchen Beschimpfungen zum Trotz, vertreten, sich endlich Bahn gebrochen hat, und daß man heute einsieht, wie unsere ganze Auslandspolitik durch die unglückselige Marokko-Aktion auf einen falschen Strang geraten ist. Diese Marokko-Politik hat nur Frankreich und England zusammengeführt, hat nur die ganze Weltlage in einem uns ungünstigen Sinne beeinflußt. Es war das Gegenteil einer geschäftsklugen Interessenpolitik — es war, in bösester Form, jene Prestigepolitik, die Fürst Bülow heute so verurteilt.

Herr Haußmann sprach seine Verwunderung darüber aus, daß Herr Bassermann, am ersten Tage der Debatte, das Ausscheiden des Herrn v. Holstein aus dem Auswärtigen Amte so lebhaft bedauert habe. Der süddeutsche Abgeordnete erinnerte an die „vier Fragen“, die am 6. Dezember 1906 im „Berliner Tageblatt“ an die Regierung gerichtet wurden, und deren teilweise auf Herrn v. Holstein gemünzter Inhalt, trotz dringlicher Mahnungen der Abgeordneten Bassermann und Blumenthal, damals von der Regierung mit keinem Worte dementiert wurde. Die ersten dieser Fragen handelten von den „versäumten Gelegenheiten“, vom Jahre 1902, wo wir mit Frankreich und Spanien jenes Marokko-Abkommen hätten schließen können, das später England mit Frankreich abschloß, und vom Juni 1905, wo nach dem Sturze Delcassés Herr Rouvier uns ein vorteilhaftes Separatabkommen offerierte. Die letzte Frage bezog sich auf die Tatsache, daß Herr v. Holstein die Berichte der deutschen Botschafter im Auslande in einem ihm genehmen Sinne beeinflußt, wodurch ganz falsche Anschauungen über die Aussichten der Marokko-Aktion geschaffen wurden. Am 7. Dezember 1906 erklärte Herr Bassermann im Reichstage: „Wenn das wahr ist, was dort (im „Berliner Tageblatt“) mitgeteilt wird, dann würde das freilich kein erfreuliches Licht auf die Geschicklichkeit unserer Diplomatie und auf die Tätigkeit des Herrn v. Holstein werfen,“ und der Abgeordnete Blumenthal verlangte eine bestimmte Erklärung der Regierung. Obwohl der Staatssekretär v. Tschirschky damals auf all diese Anzapfungen schwieg und obwohl auch irgendein offiziöses Dementi seither nicht erfolgte, bedauert der wandelbare Herr Bassermann jetzt Herrn v. Holsteins Rücktritt . . . Auch Fürst Bülow hat sich gestern (nach zwei Jahren) damit begnügt, die gegen Herrn v. Holstein gerichteten Angriffe im allgemeinen „zurückzuweisen“ und den Patriotismus und die Kenntnisse des „ergrauten Beamten“ zu rühmen, die auch wir gern anerkennen.

Zur Gegenwart zurückkehrend, hat Herr Konrad Haußmann dann von den Orientwirren gesprochen und mit Recht betont, daß wir zwischen Oesterreich und der Türkei vermitteln müßten. Er hat die österreichische Balkanpolitik höflich, aber auch deutlich kritisiert, hat auf die gemeinsamen Interessen Deutschlands und Frankreichs in der Orientfrage hingewiesen und den Wunsch geäußert, daß der Reichskanzler sich über die Vorschläge zur Beschränkung der Flottenbauten in der Kommission äußern möchte. Zum Schluß hat er noch „unsere lärmende, renommistische Methode“ für die Verschlechterung unserer internationalen Beziehungen verantwortlich gemacht und die Völker ohne wahrhaft konstitutionelles Regime sehr hübsch mit den Männern ohne Hausschlüssel verglichen, die auch nicht für voll angesehen würden.

Fürst Bülow hat die Auskunft über die Flottenrüstungsfrage nicht bis zur Kommissionssitzung verschieben wollen — er hat sich zu diesem Thema sofort geäußert. Er hat wiederholt, was er nun schon einige Male gesagt hat: daß die Beschränkung der Rüstungen eine „sehr wünschenswerte Sache“ sei, daß aber die Durchführung auf technische Schwierigkeiten stoße und daß wir „in der Mitte Europas, auf dem strategisch ungünstigsten Platze“ stehen. Wenn Fürst Bülow dann weiter erklärte, unsere Lage würde „in dem Augenblick eine wirklich schlechte und der Friede ernstlich bedroht werden“, wo wir unsere Rüstungen einschränken wollten, so braucht man diese Erklärung wohl nicht ohne weiteres gelten zu lassen. Fürst Bülow erwähnte nicht, daß es sich ja, bei allen Vorschlägen und Plänen, um eine gleichzeitige Beschränkung der Rüstungen handelt, und daß wir bei einem fortgesetzten Wettlauf England doch wohl schwerlich übertrumpfen werden. Schließlich versicherte der Reichskanzler abermals: „Wir stehen zu Oesterreich-Ungarn“. Er betonte die „Unerschütterlichkeit dieses Bündnisses“ und den „Ernst, mit dem wir unsere Bündnispflicht betrachten“.

Dann trat noch Herr v. Schoen warm für Herrn v. Marschall ein, dem man vorgeworfen, daß er beim Ausbruch der türkischen Revolution sich auf Urlaub befunden. Was Herr v. Schoen in dieser Beziehung sagte, wird man gern gelten lassen, aber seine Behauptung, daß „Deutschland die erste Macht gewesen, die ihre Sympathie für die verjüngte Türkei zum Ausdruck gebracht hat“, steht leider mit den Tatsachen im Widerspruch. Andere Nationen haben nicht erst „den ersten Selamlik nach Wiedereinführung der Verfassung“ abgewartet, um ihre Zustimmung kund zu geben, und die anderen Schiffe hatten schon lange vor diesem „türkischen Freudentage“ geflaggt. Es liegt da unbestreitbar eine Unterlassungssünde vor, die auf den Umstand zurückzuführen sein dürfte, daß der Kaiser, der Kanzler und der Staatssekretär in jenem Ferien- und Reisemonat keine Fühlung miteinander hatten. Im übrigen versprach Herr v. Schoen Reformen im diplomatischen Dienst und die „Zuführung frischen Blutes“. Wir sehen dem verheißenen „frischen Blut“ mit Vergnügen entgegen, aber nachdem eben erst wieder der ganz ungeeignete Herr v. Tattenbach nach Madrid gesetzt worden ist, hat man zu übergroßem Optimismus keinen Grund.

Wiederaufnahme der österreichisch-türkischen Verhandlungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

‡ **Wien**, 10. Dezember.

Die internationale Situation beginnt sich zu klären, und die Aussichten auf das Zustandekommen der Orientkonferenz bessern sich. Man hofft hier nicht allein, daß die entgegenkommende österreichisch-ungarische Antwortnote in Petersburg gute Aufnahme finden und den Boden zu einer Verständigung ebnen wird, sondern man will auch mit der Türkei ins reine kommen. Wie ich höre, ist eine **entscheidende Wendung** in den österreichisch-türkischen Besprechungen schon für die nächsten Tage wahrscheinlich. — Der österreichische Botschafter in Konstantinopel hat neue Aufträge erhalten, von denen man erwartet, daß sie den Wiederbeginn direkter Verhandlungen zwischen Oesterreich und der Türkei ermöglichen dürften, wobei die Boykottfrage zunächst ausgeschaltet bliebe. Es ist möglich, daß die neuen österreichisch-türkischen Verhandlungen schon am Sonnabend beginnen.

In der Boykottfrage soll das Haupthindernis darin liegen, daß es der Pforte unmöglich sei, einen Einfluß auf das jungtürkische Comité auszuüben. Tatsache ist jedenfalls, daß zwischen dem Großwesier Kiamil Pascha und dem Comité aus anderen Gründen Mißhelligkeiten bestehen, die durch energisches Einschreiten Kiamils gegen den Boykott eine neue Zuspitzung erfahren müßten. — Es bestätigt sich, daß das jungtürkische Comité bereits vor Wochenfrist vom Sultan die Entlassung Kiamils verlangte. Der Sultan lehnte dies ab und verschob die Erwägung der Großwesirfrage bis nach Eröffnung des Parlaments. Der Wechsel im Großwesirate ist bestimmt noch in diesem Monat zu erwarten.

Der österreichische Konferenzvorschlag.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

⊙ **Wien**, 10. Dezember.

Aus Petersburg wird gemeldet: Graf Berchtold begibt sich nächste Woche zur Berichterstattung nach Wien. Die heute in Petersburg eingetroffene österreichische Note schlägt vor, daß die Signatarmächte vor der Konferenz durch **Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett** sich einig werden betreffs der Annexion Bosniens, so daß die Annexion der Konferenz zur **debattelosen Genehmigung** vorgelegt werden kann.

Kein russisch-englisches Bündnis.

Die offizielle russische Telegraphenagentur ist, wie uns eine Depesche aus Petersburg meldet, von der Regierung ermächtigt, die auswärts verbreitete Meldung, daß Minister Iswolski im Gespräche mit russischen Politikern erklärt habe, infolge der von Deutschland in der Balkanfrage eingenommenen Haltung sei ein **formales Bündnis** zwischen **Rußland** und **England notwendig**, als **Erfindung** zu bezeichnen. Der russische Minister des Aeußeren habe sich niemals und niemandem gegenüber in solchem Sinne geäußert.

Die Finanzierung des Lehrerbesoldungsgesetzes

Von
F. Hoff,
Mitglied des Hauses der Abgeordneten.

In der Kommission zur Beratung des Lehrerbesoldungsgesetzes waren alle Parteien darin einig, daß die von der Regierung vorgeschlagenen Normalgehälter dem vorhandenen Bedürfnis nicht entsprächen. Es sind daher, abgesehen von den Rektoren, Lehrerinnen und den einstweilig eingestellten Lehrern, Verbesserungen beschlossen worden, wodurch das Höchstgehalt der Lehrer von 3150 auf 3400 Mark gesteigert wird. — Die Regierung setzte besonders der Erhöhung der Alterszulagen Widerspruch entgegen, indem sie die Beschaffung der dazu erforderlichen Mittel für unmöglich erklärte.

Unter diesen Umständen erscheint es angezeigt, die ganze Finanzierung des Lehrerbesoldungsgesetzes einer Prüfung zu unterziehen und die von der Kommission beschlossenen Verbesserungen auf ihre finanzielle Durchführbarkeit zu untersuchen. — Nach Artikel 25 der Verfassung und § 18 des Schulunterhaltungsgesetzes ist der Staat verpflichtet, „im Falle des nachgewiesenen Unvermögens“ den Schulverbänden bei der Aufbringung der Volksschullasten behilflich zu sein. Auf Seite 19 der Begründung wird nun der Gesamtmehraufwand, welcher den Schulverbänden durch die Durchführung der Regierungsvorlage erwachsen wird, auf 30,66 Millionen Mark berechnet, wobei die Mehraufwendungen für die erhöhte Mietsentschädigung und für Ortszulagen nicht in Ansatz gebracht sind. Auf Seite 21 und 22 der Begründung wird alsdann der neue feste Staatsbeitrag, welcher den Verbänden mit sieben oder weniger Schulstellen gewährt werden soll, auf 15,8 Millionen und der den Schulverbänden nach Abzug dieses Beitrages verbleibende Mehraufwand auf 16,35 Millionen berechnet. Daraus ergibt sich ein Gesamtmehraufwand von 15,8 + 16,35 = 32,15 Millionen Mark. — Dieser Betrag übersteigt den auf Seite 19 verrechneten Betrag von 30,66 Millionen Mark um 1,49 Million Mark.

Diese „Unstimmigkeit“ wurde in der Kommission seitens der Regierung dahin aufgeklärt, daß manche Schulverbände mit sieben oder weniger Schulstellen schon jetzt so hohe Gehälter zahlen, daß die nach dem Entwurfe in Aussicht genommenen neuen Staatszuschüsse von 200 Mark beziehungsweise 100 Mark zum Grundgehalt und 135 Mark beziehungsweise 70 Mark zu den Alterszulagen der Lehrer und Lehrerinnen nicht voll zur Verwendung gelangen könnten. Die Regierung schlägt daher nicht mehr und nicht minder vor, als diesen Gemeinden auf Kosten der Steuerzahler ein Geschenk von rund 1½ Millionen Mark über die durch das Gesetz bedingten Mehraufwendungen hinaus zu machen.

Schon dieses Beispiel zeigt, in welchem Sinne die Regierung ihre „subsidiäre“ Schulunterhaltungspflicht den Schulverbänden mit sieben oder weniger Schulstellen gegenüber aufgefaßt hat. Diese werden allem Anscheine nach für die gerade für sie oft recht namhafte Aufbesserung der Lehrergehälter gar nichts aus eigenen Mitteln aufzubringen haben. Nicht viel anders liegen die Verhältnisse in den Schulverbänden mit 8 bis 25 Schulstellen. Völlig durchsichtig ist in dieser Beziehung die Begründung nicht. Wohl aber läßt sich der Mehraufwand, den die Schulverbände mit 25 oder weniger Schulstellen aus kommunalen Mitteln zu tragen haben werden, errechnen. — Nach Seite 21 der Begründung beträgt der Gesamtmehrbedarf nach Abzug der festen neuen Staatsbeiträge, welche den Schulverbänden mit 7 oder weniger Schulstellen zufließen sollen, für alle Schulverbände mit 25 oder weniger Schulstellen 13,2 Millionen Mark. Von diesen entfallen auf die entsprechenden Schulverbände in den Provinzen Posen und Westpreußen 2,3 Millionen Mark, so daß in den übrigen Provinzen 10,9 Millionen Mark zu decken bleiben. — Hierfür aber werden für die zehn Provinzen, in denen das Schulunterhaltungsgesetz gilt, 10,5, in Posen und Westpreußen 2,2 Millionen Mark als Ergänzungszuschuß zur Verfügung gestellt. — Die Schulverbände mit 25 oder weniger Schulstellen haben also aus eigenen kommunalen Mitteln 0,4 + 0,1 = 0,5 Millionen Mark aufzubringen; ja sie erhalten sogar in Berücksichtigung des Umstandes, daß den Schulverbänden mit 7 oder weniger Schulstellen, wie weiter oben gezeigt, 1,5 Millionen Mark zufließen sollen, als für die Erhöhung der Lehrergehälter nach der Regierungsvorlage notwendig sind, von Staats wegen noch ein Extrageschenk von rund 1 Million Mark.

Niemand wird etwas dagegen haben, wenn wirklich leistungsunfähigen Schulverbänden die Mehraufwendungen voll aus der Staatskasse ersetzt werden. Niemand aber wird andererseits bestreiten können, daß auch unter den kleineren Schulverbänden sehr viele sehr wohl in der Lage sind, auch aus eigenen Mitteln etwas zur Aufbesserung der Lehrergehälter beizutragen. Die „Gerechtigkeit“ erfordert es, daß auch diese herangezogen werden, und das um so mehr, als nach einem